

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Brede-Hoffmann (SPD)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

Umsetzung der Vorschläge der Enquete-Kommission Jugend

Die **Kleine Anfrage** 785 vom 30. Mai 2007 hat folgenden Wortlaut:

Im Januar 2006, gegen Ende der 14. Legislaturperiode, legte die Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ des Landtags Rheinland-Pfalz ihren Endbericht mit einem umfangreichen Katalog von Vorschlägen dem Parlament vor.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche der vorgelegten Vorschläge konnten seit Vorlage des Endberichtes bereits umgesetzt werden?
2. Für welche der Vorschläge bereitet die Landesregierung eine Umsetzung vor?
3. Welche der Vorschläge erscheinen der Landesregierung in naher Zukunft umsetzbar? Werden hierfür Realisierungskonzepte entwickelt?
4. Gab es seit Vorlage des Endberichtes Gesprächskontakte mit Akteuren außerhalb der Landesregierung, die Kinder- und Jugendpartizipation ermöglichen oder fördern könnten? Gab es Ergebnisse?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 21. Juni 2007 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Folgende Maßnahmen wurden durch die Landesregierung seit Vorlage des Abschlussberichtes umgesetzt:

- Maßnahmen der sozialen Bildung sind beispielhaft für die informelle Bildung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Jugendarbeit. Sie dienen der Persönlichkeitsbildung und der Förderung des Sozialverhaltens junger Menschen, unabhängig von vorgegebenen Strukturen oder Lehrplänen. Im Rahmen des Pilotprogramms „Soziale Bildung Plus“ wird erstmals 2007 modellhaft erprobt, soziale Bildungsmaßnahmen in der Jugendarbeit mit einem gegenüber dem Programm „Soziale Bildung und Freizeit“ erhöhten Fördersatz von bis zu 4 € pro Tag und Teilnahme zu bezuschussen.
- Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände im Land leistet mit einem neuen landesgeförderten Projekt „Kompetenzerwerb in der Jugendverbandsarbeit“ einen Beitrag zur Qualifizierung von Bildungs- und Lernorten außerhalb der Schule.
Ziele der Arbeit sind insbesondere eine Qualifizierung der Bildungsleistungen der Jugendverbandsarbeit sowie die Entwicklung von Instrumenten, wie informelle Bildungsprozesse befördert und qualifiziert werden können.
- Das Projekt „come in contract“ wird in Rheinland-Pfalz maßgeblich durch die Evangelische Jugend der Pfalz durchgeführt. Die Maßnahme startete 2005 mit einem jugendpolitischen Symposium unter großer Beteiligung von Politik und Jugendlichen. Das Projekt setzt ein Zeichen gegen die angebliche Politikverdrossenheit von Jugendlichen.
Ehrenamtliche haben die Möglichkeit, in direktem Kontakt mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, mit Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags und des Bundestags Kontrakte über sie betreffende Themen zu schließen. Eine Veranstaltung zu diesem Projekt fand Mitte Mai 2007 im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur unter Beteiligung von Frau Ministerin Ahnen, Herrn Staatssekretär Ebling und Abgeordneten des Landtags und des Bundestags in Mainz statt.

- Die Projektstage des „Netzwerks für Demokratie und Courage“ sind ein Zukunftsmodell für Demokratieerziehung, das qualitativ und quantitativ weiterentwickelt wird. Die Landesregierung hat deshalb die finanzielle Förderung des Netzwerks erweitert. Eine Koordinierungsstelle im Projekt konnte fest eingerichtet werden.
Die große Nachfrage von Schulen nach Projekttagen zeigt, dass das Angebot des Netzwerks einen erfolgreichen Weg geht. Es trägt zur Öffnung von Schulen für neue Lehr- und Lernformen bei und stärkt Jugendliche in der Entwicklung demokratischen Bewusstseins. Die Neuausrichtung des Projekts auf die Bereiche Berufsbildung, Multiplikatoren-schulung und Migration stellt eine wichtige inhaltliche Fortentwicklung für die Ansprache Jugendlicher dar.
- Mitte April führte das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung, den kommunalen Spitzenverbänden, der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz, dem Landesjugendamt und dem Landesjugendring eine landesweite Tagung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch mit dem Titel: „Kinder und Jugendliche beteiligen – ein Gewinn für alle“. Die Tagung wendete sich gezielt an Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen in Politik und Verwaltung, um weitere Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen zu initiieren.
- Am 7. März 2007 wurde in Edenkoben in Kooperation des Jugend- und des Umweltministeriums sowie der Kreisverwaltung Südliche Weinstraße eine regionale Tagung zur Spielleitplanung durchgeführt, um weitere Gemeinden für die Umsetzung dieses beispielhaften Verfahrens zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen zu gewinnen. Mit 150 Teilnehmenden aus Politik und Jugendarbeit fand die Veranstaltung große Resonanz.
- Die Schulung der kommunalen Jugendvertretungen geht weiter: Ende März 2007 fand erneut ein dreitägiges Praxisseminar „Fit für Mitbestimmung“ statt. Wieder konnten ca. 25 junge Leute geschult werden, um konkrete Beteiligung besser umsetzen zu können.
- Unter Federführung der Staatskanzlei und Einbeziehung der interministeriellen Arbeitsgruppe „Ehrenamt“ wurde ein Landesnachweis „Engagement- und Kompetenznachweis Ehrenamt in Rheinland-Pfalz“ erarbeitet. Es können damit Nachweise über ehrenamtlich erworbene Kompetenzen bei Bewerbungen geltend gemacht werden. Der Nachweis enthält die beiden Säulen „Informationen zur ehrenamtlichen Tätigkeit“ sowie „Informationen zu erworbenen Schlüsselqualifikationen“. Eine Musteransicht des Nachweises ist im Internet unter www.wir-tun-was.de einsehbar.
- Um den Blick der Kinder auf ihr erweitertes Wohnumfeld zu lenken und ihre Einschätzung im Hinblick auf Kinderfreundlichkeit und Gefahrenquellen zu erheben sowie auf dieser Grundlage positive Entwicklungen in Gang zu setzen, wurde auch im Jahr 2006 die Erstellung von Kinder(stadt)plänen gefördert. Finanziell unterstützt wurden durch das Jugendministerium Kinder(stadt)pläne, die gemeinsam mit Kindern erarbeitet wurden. Für rheinland-pfälzischen Städte, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden mit über 5 000 Einwohnern wurden in 2006 hierfür rund 47 000 € zur Verfügung gestellt. Die Förderung der Kinder(stadt)pläne wird 2007 fortgeführt.
- Das Jugendministerium hat die Broschüre „Leitlinien für Beteiligungsaktionen mit Kindern in benachteiligten Wohngebieten“ entwickelt.
- Zum vom Ministerrat am 13. Januar 2004 beschlossenen Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz – Politik für Kinder mit Kindern“ liegt zwischenzeitlich auch der Bericht zum Stand der Umsetzung des Aktionsprogramms mit Stand 15. März 2006 vor. Dieser Bericht steht unter www.mbwjk.rlp.de zur Verfügung.
- Die Förderung der Medienarbeit in Kooperation mit dem Landesfilmdienst sowie den Jugendverbänden erfährt eine kontinuierliche Fort- und Weiterentwicklung im Hinblick auf aktuelle jugendspezifische Themensetzungen. Das MBWJK führt in Zusammenarbeit mit dem Landesfilmdienst verschiedene, bundesweit anerkannte Projekte im Bereich der Medienpädagogik für Kinder und Jugendliche durch. Exemplarisch genannt werden hier „Lokal Global“ (mobile Internetcafés), „DiG.iT“ (Filmprojekte für Jugendliche) sowie die Informationsplattform www.jugend.rlp.de, deren Zugriffszahlen sich kontinuierlich von Jahr zu Jahr steigern.

Zu Frage 2:

Für folgende Maßnahmen bereitet die Landesregierung eine Umsetzung vor:

- Im Jahr 2008 wird vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur ein Förderpreis für außerschulische (Bereiche: Kommune, Vereine/Verbände) und schulische Beteiligungsprojekte ausgeschrieben. Ziel soll es sein, zum einen Projekte auszuzeichnen, durch die eine Verbindung außerschulischer und schulischer Beteiligungsaktivitäten hergestellt wird, zum anderen aber auch einzelne Best-Practice-Projekte.
Im außerschulischen Bereich sollen Projekte kommunaler Jugendvertretungen ein Schwerpunkt sein. Im schulischen Bereich sollen Beteiligungsprojekte im Vordergrund stehen, die an das schulische Qualitätsprogramm angebunden sind.
- Um innovative und modellhafte Maßnahmen in größerer Zahl fördern zu können, werden im Landeshaushalt 2007/2008 jeweils 100 000 € zusätzlich zur Verfügung gestellt. Hiermit sollen insbesondere Maßnahmen gefördert werden, die sich der Partizipation und aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen widmen und die sich gegen Gewalt und Extremismus wenden sowie Demokratie, Toleranz und Vielfalt stärken.

Zu Frage 3:

Folgende Maßnahmen hält die Landesregierung in naher Zukunft für umsetzbar:

- Für das Schuljahr 2007/2008 ist in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern und für Sport die Durchführung eines Schülerkongresses zu Rechtsextremismus geplant. Ein solcher Kongress soll den Auftakt zu einer Reihe regionaler Veranstaltungen bilden. Die Kongresse sollen über die rechte Szene informieren sowie Präventionsprogramme und -projekte vorstellen. Ebenso sollen Schülerinnen und Schüler zu Wort kommen, um sie in eine Strategie gegen rechts einzubinden. Weiterhin soll die Vernetzung von aktiven Schulen und außerschulischen Bündnissen befördert werden.
- Für das Frühjahr 2008 ist geplant, erstmals den „Tag des politischen Gesprächs“ auszurichten. Damit der Tag eine hohe Akzeptanz erfährt, wird er mit wechselnden Leitthemen durchgeführt werden, wobei es sich um aktuelle politische Themen handeln soll. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur strebt dabei eine Kooperation mit dem Landtag an.
- Nachdem der BLK-Versuch „Demokratie lernen und leben“ im März 2007 ausgelaufen ist, sollen die gemachten Erfahrungen transferiert und weitere Schulen für eine „demokratische Schulentwicklung“ gewonnen werden. Das Pädagogische Zentrum ist beauftragt, den Transfer zu befördern und die Schulen gezielt zu beraten. In Zusammenarbeit mit den pädagogischen Serviceeinrichtungen, den Seminaren für Lehrerbildung, der Serviceagentur „Ganztägig lernen“, dem Team der Beraterinnen und Berater für demokratische Schulentwicklung, dem Grundschulverband und mit Fachverbänden werden Schulen beraten und Lehrerinnen und Lehrer aus- bzw. fortgebildet. Die aus dem Modellversuch resultierende Homepage <http://www.net-part.schule.rlp.de> wird als Informations- und Unterstützungssystem erhalten und gepflegt. Daneben wird der sog. Landesdemokratie-Tag jährlich durchgeführt. Er soll als Forum des Austauschs der am ausgelaufenen BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“ beteiligten Schulen, der Institutionen der politischen Bildung sowie zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen neue Impulse zur Demokratieerziehung und zum bürgerschaftlichen Engagement vermitteln und dabei auch neue Wege einer Zusammenarbeit zwischen Schulen und den Partizipationsnetzwerken der Jugend- und Erwachsenenbildung aufzeigen.
- Das rheinland-pfälzische virtuelle Beteiligungsnetzwerk www.net-part.rlp.de wurde im Dezember 2006 erneut aktualisiert, eine Weiterentwicklung mit Blick auf eine noch größere Benutzerfreundlichkeit ist in Planung.
- Ab sofort bietet die Internetdomain www.jugend.rlp.de allen Einrichtungen und Organisationen der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz eine ebenso einfache wie professionelle Lösung für die eigene Homepage an: So genannte „Freesites“ sind professionell vorgestaltete Seiten, die als eigenständige Internetseiten auf dem Server von [jugend.rlp](http://www.jugend.rlp.de) liegen. So können mehrere Benutzer ortsunabhängig die Seiten betreuen – mit einem professionellen Ergebnis. Zentrale Funktionen wie ein Veranstaltungskalender oder ein Gästebuch sind ebenfalls enthalten und können leicht eingebunden und gepflegt werden. Dieses Angebot ist für Einrichtungen und Organisationen der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz kostenlos und leistet einen Beitrag zur aktiven Beteiligung von Jugendlichen im Bereich der medialen Jugendarbeit.
- Gemeinsam prüfen die Staatskanzlei und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Möglichkeiten, wie Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk künftig gestärkt werden kann.

Zu Frage 4:

Mit folgenden Akteurinnen und Akteuren, die Kinder- und Jugendpartizipation fördern können, hat die Landesregierung Gesprächskontakte:

- mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern,
- mit Jugendämtern,
- mit Jugendverbänden,
- mit Kinder- und Jugendbüros der Kommunen,
- mit Fachkräften der Jugendarbeit bei freien Trägern,
- mit Planerinnen und Planern für Raum- und Umweltgestaltung,
- mit Kulturschaffenden und Museumsverbänden,
- mit dem Hotel- und Gaststättenverband,
- mit Fortbildungseinrichtungen der freien Träger,
- mit Fachkräften aus dem Elementar- und Schulbereich.

Ergebnisse sind in die Maßnahmen und Projekte eingeflossen, die in der jeweiligen Antwort zu den Fragen 1 bis 3 aufgeführt sind.

Doris Ahnen
Staatsministerin